

"Wie sollen wir damit fertig werden?"

Marco Felder, PwC-Direktor in Zürich, sieht das Abkommen Wien-Vaduz für beide Seiten vorteilhaft; die Umsetzung werde für Treuhänder aber nicht einfach sein.



– (c) Fabry

17.02.2013 um 18:22

0 Kommentare

Wien/Kom. „Ich bin zuversichtlich, dass das Abkommen vom Parlament beschlossen wird, auch wenn nicht alle damit zufrieden sind.“ Marco Felder, Direktor beim Beratungsunternehmen PwC in Zürich und für Liechtenstein zuständig, sieht das Steuerabkommen Wien-Vaduz für beide Seiten vorteilhaft. Er bezweifelt deshalb nicht, dass es in Liechtenstein politisch durchgeht. „Die Banken begrüßen es sehr, und man will ordentliche Abkommen haben, mit allen Vor- und Nachteilen“, sagt Felder zur „Presse“.

Das Abkommen sieht eine Legalisierung nicht deklarerter Vermögen durch eine Einmalzahlung (15–38%) und eine laufende Besteuerung der Kapitalerträge ab 2014 mit einer Abgeltungssteuer (25%) vor; erfasst sind auch Kapitalvermögen, die von Liechtensteiner Treuhändern in beliebigen anderen Ländern verwaltet werden. „Wie sollen wir damit fertig werden?“, fragen Treuhänder in Liechtenstein wie Felder. Der administrative Aufwand ist groß und schwieriger als bei Banken in EDV-Systemen zu bewältigen.

Ein Nachteil des Abkommens ist auch, dass der Stiftungseingangssteuersatz zwar von stattlichen 25% auf 5–10% gesenkt wird, aber noch immer bis zu viermal so hoch ist wie in Österreich. „Die Diskriminierung wird abgebaut, aber nicht komplett“, sagt Felder. Man frage sich zu Recht, ob das unionsrechtlich zulässig sei, aber bis ein Gericht entscheide, „dauert es sieben Jahre“.

Zur Thesaurierung von Vermögen sei Liechtenstein jedenfalls attraktiv: Angesichts einer wesentlich geringeren laufenden Besteuerung sei die höhere Eingangssteuer nach wenigen Jahren kompensiert. Die liechtensteinische „Privatvermögensstruktur“ (sie darf keine Wirtschaftstätigkeit entfalten) zahlt bloß 1200 Franken jährlich an pauschalen Abgaben; bei Stiftungen in Liechtenstein wird die – ohnehin niedrige – Ertragssteuer in Höhe von 12,5% noch dadurch gesenkt, dass dort ein Abzug fiktiver Zinsen für Eigenkapital (4%) möglich ist.

Felder plädiert dafür, im Interesse des Wirtschaftsraums Österreich-Liechtenstein-Schweiz steuerliche Hürden weiter abzubauen.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 18.02.2013)